

II-4959 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2454/J

1992 -02- 26

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Haupt, Meischberger  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend den sozialistischen BM Otto Rösch - Verurteilung  
aufgrund des Verbotsgesetzes

Die Anfragesteller wurden davon informiert, daß bei Landesgericht Graz noch ein Akt aus den Jahren 1947/48 bestehen soll, der eine rechtskräftige Verurteilung des ehemaligen sozialistischen Bundesministers für Inneres Otto Rösch enthält. Rösch wurde angeblich verurteilt, weil er als ehemaliger Angehöriger einer Wehrwolf-Organisation ehemaligen Angehörigen der SS durch Ausstellung falscher Papiere zur Flucht verholfen haben soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß der spätere sozialistische Bundesminister Otto Rösch in den Jahren 1947/48 vom Landesgericht Graz aufgrund des Verbotsgesetzes rechtskräftig verurteilt wurde?
2. Wenn ja, welche Fakten lagen dieser Verurteilung zugrunde, nach welcher Straftatbestand wurde er verurteilt und welche Strafe wurde verhängt?

fpc107/jrösch.hau

3. Wie ist es möglich, daß er dennoch Bundesminister wurde, obwohl die belasteten Personen nach § 18 lit k Verbotsgesetz in der Fassung der Nationalsozialistengesetzes auf Lebenszeit vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind und deshalb gemäß Art. 70 Abs. 2 B-VG nicht zum Bundesminister ernannt werden können?